
FDP Waldeck-Frankenberg

WOLFSSICHTUNG UND RISSE IN HESSEN

21.05.2019

- Meldungen von Wolfsrissen und Sichtungen sorgen zunehmend für Besorgnis
- Landesregierung muss mehr tun als Zaunhöhe empfehlen
- Wolf ins Jagdrecht aufnehmen

WIESBADEN - „Die Berichte von Wolfssichtungen in verschiedenen Teilen Hessens und über die Ansiedlung einer Wölfin in der Rhön sowie die Risse mehrerer Schafe in Kalbach, Licherode und Bebra-Iba, sorgen zunehmend für Besorgnis bei den Bürgerinnen und Bürgern

und den Weidetierhaltern in der Umgebung. Die Anzeichen dafür, dass sich auch in Hessen

nun ein Wolfspaar angesiedelt hat und weitere Wölfe folgen werden, werden immer offensichtlicher. Es wird Zeit, dass die Landesregierung mit der Verharmlosung des Wolfes aufhört und den Menschen reinen Wein einschenkt. Bei jeder Wolfssichtung wird von einem

durchreisenden Einzelgänger gesprochen, dabei werden offensichtlich auch zunehmend Paare

gesichtet, wie zuletzt in der Gegend um Licherode und Knüllwald“, erklärt die umweltpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Wiebke KNELL.

Knell weiter:

„Es reicht nicht, immer nur höhere Zäune zu empfehlen, die der Wolf angeblich nicht überwinden kann. Wir brauchen ein ganzheitliches Wolfsmanagement, das sicher stellt, dass der Wolf im Wald bleibt und keine Weidetiere angreift. Gewöhnt sich der Wolf an das Reißen von Weidetieren, wird er schnell zum Problem. Die Haltung von Rindern, Schafen,

Pferden, Ziegen und anderen Weidetieren muss weiterhin in unserer Kulturlandschaft

möglich
sein ohne ständige Angst vor dem sich ausbreitenden Wolf. Wir Freien Demokraten
fordern ein
pragmatisches Handeln im Umgang mit dem Wolf. Dazu gehört auch, dass wir den Wolf
ins
Jagdrecht aufnehmen müssen. Nur so gibt es Rechtssicherheit für die Jäger, um im
Zweifel
Problemwölfe entnehmen zu können und zwar nicht erst, wenn das Tier zu einer Gefahr
für
die öffentliche Sicherheit wird.“